



Befürchten im Wohnungsproblem eine große soziale Sprengkraft: (v. l.) Volker Brüggenjürgen (Caritasverband Kreis Gütersloh), Günter Göpfert (DRK Kreisverband), Björn Neßler (Diakonie Gütersloh) und Ulrike Boden (AWO Kreisverband). FOTO: MATTHIAS GANS

# „Es fehlen 3.000 Wohnungen“

Wohlfahrtsverbände fordern Kommunen zu mehr sozialen Wohnungsbau auf

VON MATTHIAS GANS

■ **Kreis Gütersloh. Einen dramatischen Appell an die Politik richten Vertreter verschiedener Wohlfahrtsverbände im Kreis Gütersloh. Sie fordern von den Kommunen verstärkte Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau. „Es fehlen rund 3.000 Wohnungen in diesem Segment“, stellte Volker Brüggenjürgen als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Gütersloh gestern bei einer Pressekonferenz fest.**

Gemeinsam mit Ulrike Boden (Geschäftsführerin AWO Kreisverband), Günter Göpfert (Geschäftsführer DRK Kreisverband) und Björn Neßler (Vorstand Diakonie Gütersloh)

will Brüggenjürgen, der auch Vorstandsmitglied im Kreis-Caritasverband ist, die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisieren.

Die Lage sei „katastrophal“, so Ulrike Boden. Rund 40.000 Haushalte im Kreis Gütersloh (etwa ein Drittel aller Haushalte) seien auf Unterstützung bei der Zahlung der Miete angewiesen. „Darunter sind nicht nur knapp 10.000 Bedarfsgemeinschaften, die Hartz IV beziehen“, so Boden. Betroffen davon, dass es zu wenig bezahlbaren Wohnraum gebe, seien auch Alleinerziehende mit Kindern, Arbeitslose, Menschen mit Behinderung, Suchtkranke, hat Björn Neßler beobachtet.

Wohnungsbaugesellschaften, deren Aufgabe die Schaffung günstigen Wohnraums sei,

könnten diese aber nicht realisieren, weil die Baukosten wesentlich über die Einnahmekosten lägen“, so Günter Göpfert. „Wenn die Mieteinnahme pro Quadratmeter bei 5,30 Euro gedeckelt ist, für den Bau aber 8 Euro aufgewendet werden müssen, dann kann nicht wirtschaftlich gebaut werden.“

Zu lange hätten die Kommunen im Kreis dieser Entwicklung zugesehen, die erhebliche soziale Sprengkraft berge, so die einmütige Meinung. Als Grund für diese Entwicklung sehen sie die Tendenz von Kommunen in den vergangenen Jahren, den Wohnungsbau völlig der privaten Wirtschaft zu überlassen. Zudem, so Ulrike Boden, hätten viele Städte und Gemeinden eigenen Bestand privatisiert, um die kommunalen Kassen zu füllen. „Damit

wurde das Instrument, den Wohnungsmarkt auch für sozial schlechter gestellte Menschen zu lenken, aus der Hand gegeben“, sagt Boden. Infolge dessen seien auch die Landesmittel für Sozialen Wohnungsbau weniger abgefragt worden. Das hatte eine Kürzung und Konzentration solcher Mittel für die Ballungsräume in NRW nach sich gezogen.

Daher fordern die Vertreter der Wohlfahrtsverbände die Kommunen im Kreis auf, ab sofort bei der Ausweisung neuer Baugebiete wenigstens 25 Prozent der Fläche für sozialen Wohnungsbau bereitzustellen. In Städten wie Köln sei das bereits parteiübergreifend Konsens, auf diese Weise günstigeren Wohnraum für die weniger Bemittelten zu schaffen, sagt Volker Brüggenjürgen.